

2

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16  
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Verlagsredaktion: Amt Marienplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 30 Mt.

## Soll die dreifache Brotverteuerung zur Tafsache werden?

W

roß der Hinausschiebung der Reparationskosten an Belgien um 6 Monate hat die Besserung der Mark nicht lange vorgehalten. Der Dollar ist bereits wieder weit über 2000 geklettert, und alles, was irgend kann, in Landwirtschaft, Industrie und Handel setzt neue Preise ein, die der Verbraucher zahlen muß, will er überhaupt Ware haben. So ist be-

im September die Teuerung amtlicher Statistik um 71,5 Prozent, wenn man die Augustziffern Grundlage nimmt.

Besondere haben Textilien sowie Nahrungsmittel und andere Nahrungsmittel die Sprünge nach oben gemacht in

auf die Preisgestaltung. Und nun kommt noch die Hubschot, daß der Brotpreis sowie der Weinpreis ganz erheblich gestiegen sind. Nicht genug, daß sich in

den nächsten Monaten erst das Mietengesetz finanziell auswirken und eine gewaltige Belastung über Volksteile bringt, das unent-

schuldigste Nahrungsmittel — das Getreide — soll dank der Unerfährlichkeit unserer Agrarier einerseits, dank aber auch

wachswichtigen Reparationspolitik der Regierung andererseits — um das Dreifache verteuert werden.

Durch die Tagespresse geht die Mitteilung, daß am 5. Oktober der Vize-

kanzler Bauer Besprechungen mit den Vertretern der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führte. Gegenstand der Beratungen war die

Umsatzsteuer der Löhne an die neue Erhöhung des Brotpreises. Der Vizekanzler wies darauf hin, daß die Brotpreis-

erhöhung unumgänglich sei und gab dem Wunsche Ausdruck, daß sie nicht zu neuen Streiks Anlaß bieten, daß vielmehr die Arbeitgeber freiwillig die notwendige Lohnerhöhung

nicht nur darum handeln, über Maßnahmen zum Ausgleich der Brotpreis-erhöhung zu sprechen. Diese Erhöhung werde sicherlich auch eine Preissteigerung für alle anderen Artikel des täglichen Bedarfs nach sich ziehen, und darum mühten die jetzt notwendigen Lohnerhöhungen über das Maß der Brotpreis-erhöhung hinausgehen. Die Gewerkschaftsvertreter er-

klärten, daß sie nicht so einfach diese neue Erhöhung hinnehmen könnten, daß sie endlich Maßnahmen verlangen, die weiteren Preissteigerungen entgegenwirken.

Auf die Frage, was die Regierung zur Stabilisierung der Währung, zur Beschleunigung der Steuereinzahlung usw. getan habe, erwiderte Vizekanzler Bauer, die Regierung wünsche ebensojehr eine Stabilisierung und werde noch im Laufe

dieser Woche die Vorschläge der Gewerkschaften einer neuen Prüfung unterziehen. Sowohl die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden die Angelegenheit

jetzt zunächst unter sich besprechen, um dann jedenfalls zu gemeinsamen Verhandlungen wieder zusammenzutreten. Sollte eine Vereinbarung nicht zustande kommen, dann wird höchstwahrscheinlich die Regierung nochmals Verhandlungen mit den Organisationen führen.

Inzwischen dreht sich die Steigerungswalze unaufhaltbar weiter, und es fällt auch den Gewerkschaften außerordentlich schwer, diesem Rasentempo der Teuerung nachzukommen.

Es hieße auch eine unverantwortliche Missionspolitik treiben, wenn wir die Hoffnung auf Preis- und Produktionskontrolle setzen wollten. Wiederholt sind wir — ehe noch politische Parteien an

diese Parole dachten — für beides eingetreten, nur muß man sich immer dabei klar sein, daß dies alles nur Palliativmittel, das heißt kleine Hilfsmittel sind, die den Fortgang der Teuerung nicht wesentlich beeinflussen können. Das gleiche trifft natürlich auch für Betriebsrätekongresse usw. zu, wie in der

Volkswirtschaftlichen Beilage der „Roten Fahne“ nachzulesen ist. So bleibt nach unserer Ueberzeugung als eigentliche Hilfe doch immer nur die gewerkschaftliche Forderung auf Ausgleich durch höhere Löhne!

Freilich, die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist der Meinung, daß die Löhne schon viel zu hoch sind, und der Berggrat Gothein, der sich besonders für die „Not der Milliardäre“ interessiert, verzapft im „B. L.“ auch jetzt noch die Weisheit, daß die Ar-

### Eine alte Frau!

Nach einer Radierung von Käthe Kollwitz.

Da sitzt sie nun!  
Wohl dreißig Jahre  
flogen ihre schmalen Finger  
geschickt von einem Rad zum anderen,  
und irrten zwischen scharfen Messern  
an der Maschine nimmerfäthem Fraß  
vorbei. —

Nun ist sie weß,  
verbraucht und müd' dazu.  
In ihrer dünnen Brust  
rasaunen trodne Lungen.  
Und ihre Räder wadeln  
kraft- und saftlos.

Reich war die Zahl der Menschenkinder,  
die einstmal's ihrem Schoß entsprungen,  
und die, gleich ihr, mit jungem Leibe  
von den Maschinen aufgefressen.  
Verpestet von Fabrikgestank  
sind ihre Hirne.  
Und was der bitteren Not entsprang,  
das war der Fluß.

Da sitzt sie nun,  
Und seine Seele klammert das Gerippe,  
das einstmal's Weib gewesen.  
Nicht ein Gedanke regt sich  
um das Menschentum,  
das in ihr schon zu Grab' getragen,  
ehe die Erde über ihrem Schädel  
in schweren Schollen  
dunpff zusammenfüßt.

Georg Keller, Leipzig.

beiterchaft länger und mehr arbeiten müsse, um eine „größere Produktivität der Volkswirtschaft“ herbeizuführen, die dann wieder in die tiefen Taschen der Besitzenden verschwinden würde, was Herr Gothein „vergift“.

Nun besteht allerdings im Unternehmerlager gegenwärtig eine Meinungsverschiedenheit über die einzuschlagende Taktik bei der heranwachsenden Krise und der wachsenden Teuerung.

Seit der Kölner Tagung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, wo der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ in die Diskussion geworfen wurde, finden sich in der Unternehmerpresse immer häufiger Betrachtungen zu diesem Thema. Ganz besonders lebhaft werden derartige Fragen zurzeit in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ erörtert, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob hier ein stiller Kampf innerhalb des deutschen Unternehmertums um die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Arbeitgeberverbände geführt werde. Die aufgeklärten Elemente versuchen offenbar im Hinblick auf die der deutschen Wirtschaft bevorstehenden schweren Zeiten die Tendenz sozialer Verständigung, die sich auf der Idee der Volks- und Schicksalsgemeinschaft aufbaut, in den Vordergrund zu rücken. Man darf gespannt sein, wie sich diese Diskussion weiter entwickelt. Vorläufig haben zu dem Thema keine eigentlichen Arbeitgeber, sondern in der Hauptsache nur volkswirtschaftliche Mitarbeiter und Syndici Stellung genommen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch das Unternehmertum selbst einmal klar und deutlich darüber äußern würde, wie es sich die weitere Entwicklung denkt und ob es in seiner Mehrheit auf den Boden offener Verständigung zu treten gewillt ist. Auf der Kölner Tagung der Arbeitgeberverbände hat Dr. Kalle folgende Richtlinien für die Arbeitgeberpolitik gefordert:

„Das große Ziel unserer Sozialpolitik muß die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als das eigentlich Entscheidende sein. Dabei kommt es nicht auf die Fülle der Gesetze an. Das wichtigere ist vielmehr, daß die Arbeitgeber erfüllt sind von sozialem Sinn und psychologischen Verständnis für andere Glieder der Volksgemeinschaft, insbesondere aber für die Bedürfnisse der Arbeitnehmerchaft. Dazu ist Vorbedingung persönliche Fühlungnahme, nicht Absonderung; weg mit allem Kastengeist! Als Mensch müssen wir suchen, dem Menschen näherzukommen.“

Sogar ein Philosoph, der Gießener Professor Dr. Horneffer, weist in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ auf „die große Wunde“ unserer Zeit hin. Er fordert Arbeitgeber wie Arbeitnehmer zur weiteren Erörterung und zu baldigem Handeln auf:

„Das Unheil steigt uns schon bis zur Kehle hoch. Nur eine ganz kurze Spanne Zeit trennt uns noch von dem großen, allverflingenden Ruin. Wie Deutschland in der auswärtigen Politik die wichtigsten Augenblicke verpaßt hat, wie es noch während des Krieges diese wichtigen, allentscheidenden Augenblicke versäumte, so könnte es auch jetzt wieder in der sozialen Entscheidung, wobei es sich um alles, schließlich alles handelt, geschehen. Unaufhaltsam rollt das Rad der Geschichte. Und wer zu spät kommt, wird zermalmt. Die Grausamkeit der Geschichte macht vor keiner irdischen Größe halt, vor keiner politischen Macht und vor keiner wirtschaftlichen Macht. Die Frist bis zum Ende ist kurz, sie entscheidet über Leben, Sterben der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes.“

Im neuesten Heft der Verbandszeitschrift der Arbeitgeber stellt Lammer's Betrachtungen über die „Schicksalsgemeinschaft“ an. Er sieht offenbar deutlich die Schwierigkeiten, denen die Idee der Verständigung bei den Unternehmern begegnet:

„Die vermeintlich sichere Voraussetzung des großen Elends ist bei der Mehrzahl unserer Wirtschaftler vorzugsweise den Gedanken rückwärtsloser Selbsterhaltung mit dem Ziel des Sichhinüberreitens in eine bessere Zukunft aus. Darunter bricht der Wille zur Gemeinschaftsarbeit für das Ganze zusammen. Wenn schon die einzelnen Unternehmer oder deren verschiedene Gruppen praktisch den Kampf aller gegen alle betreiben,

so besteht wenig Hoffnung auf eine fruchtbringende Zusammenfassung der Kräfte. . . . Der Besitz sowohl an geistigen als materiellen Gütern enthält eine tiefe Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit. Sie besteht vornehmlich darin, daß die im ruhenden Kräfte ehrlich eingesetzt werden zu positiver Wirkung am Wohle des Ganzen, auf dem schließlich auch das Wohl einzelnen beruht. Wenn auch der Mächtige vielleicht glauben könnte, daß es ihm möglich sein wird, über die Trümmer der Wirtschaft die Hand zu recken nach dem Genossen im fremden Lande, so wird er doch auf die Dauer erkennen müssen, daß die in Jahrhunderten innerlich zusammengewachsen und verflochtene nationale Produktion ein geschlossenes Ganzes darstellt, das sich nicht beliebig in selbständig lebensfähige zerreißen läßt, welche ungeschwächt sich mit dem Ausland paaren vermögen. Im heimischen Boden ruhen unsere Wurzeln. Im deutschen Volkstum als Ganzes vollzieht sich der Kreislauf lebendigen Blutes, der das Leben unserer wirtschaftlichen Kraft bedeutet. Schicksalsgemeinschaft!“

Es handelt sich hier in der Tat um Fragen, die für die künftige Gestaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens von größter Bedeutung sind. Freilich, Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch gelegentliche Verständigung und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit nicht aus der Welt zu schaffen. Die nahende Wirtschaftskrise und der Verfall unserer Wirtschaft rufen automatisch eine Verschärfung der sozialen Gegensätze hervor!

Also auch von dieser Seite dürfte uns keine durchgreifende Hilfe kommen, sondern der „Stimmereiprozess“ wird weiter fortschreiten und die Macht der Großkapitals droht über Parlament, Regierung, Verbraucherschicht zu triumphieren. Es ist nicht einmal „5 Minuten vor 12“. Darum muß die geeinte Tatkraft gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft in die Waagschale gelegt werden, um wenigstens Allerschlimmste zu verhindern. Nicht schimpfen, daß andere nichts tun, sondern entschlossen mitwirken zur wehr der entsetzlichen Not, die uns bedrückt!

### Zweite Sitzung des Ausschusses des ADG vom 28. September bis zum 1. Oktober

Bundesvorsitzender Leipart erstattete Bericht über die seit dem Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung zur Vinderung der Not erreicht werden konnte, habe alle nicht friedigt. Die Kommunisten benügen die Notlage des deutschen Volkes zur Förderung ihrer Parteizwecke. Dazu solle auch der ihnen vorbereitete Reichsbetriebsrätekongress dienen. Da es möglich war, in kurzer Zeit eine Ausschusssitzung einzuberufen zu diesem hätte Stellung nehmen können, hatte der Vorstand Besprechung der in Berlin ansässigen Verbandsvorsitzenden einberufen. Von dieser Sitzung sei in der kommunistischen Presse ein ausführlicher Bericht erschienen. Gegen diesen legte Leipart Verwahrung. Zum Stinnes-Abkommen stellte Redner fest, daß der Bundesvorstand erst durch die Presse davon Kenntnis erhalten habe. Es handelte er hoch den Aufbauvorschlages des Verbandes sozialer Betriebe. Durch dessen Beteiligung am Wiederaufbau sei auch gewisse Kontrolle der kapitalistischen Lieferungs geschäfte und besonders der dabei erzielten Gewinne möglich. Leipart behauptete unter anderem noch kurz das Ueberschichtenabkommen im Bergbau und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Ueber die Bemühungen des Bundesvorstandes zur Vinderung der Teuerung berichtete Genosse Grafmann. Er ging ausführlich auf die Vorschläge ein. (Siehe „Gew.“ Nr. 35.) Ein Teil der Vorschläge nahm zur Besteuerung der Ausfuhr werde leider erschwert. Die eigene Gewerkschaftsgenossen, besonders durch Betriebsräte, von Unternehmern breitzulassen. Auch über die Mittelbedingter Zwangswirtschaft wurde mit dem Ernährungsminister dem Reichsanwalt verhandelt. Es sei indessen zu befürchten, daß die geistige Einstellung dafür nicht vorhanden sei. Auch betrafen die Vertreter der christlichen Gewerkschaften keine Reize weit zu geben. Unter anderem schilderte Redner die Schwierigkeiten der Bucherbelämpfung. Es sei nicht zu umgehen, daß auch gewerkschaftsangehörige geschädigt werden, die solchen Anbußern angehören, die durch die geforderten Maßnahmen betroffen werden. Die Not der Allgemeinheit sei jedoch so groß, daß sich dies nicht

Nötigenfalls müßten die geschädigten Arbeiter aus dem Staat unterstützt werden. Auch die Uebernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse könne nichts Wesentliches am Verhältnis zum Auslande ändern. Zunächst müsse verfahren werden, mit Lohnforderungen der Verteuerung der Lebenshaltung so weit wie möglich nachzukommen. Das zwingt dazu, die bis jetzt als Preispolitik zum Teil zu verlassen. Den Sozialrentnern usw. Zuschüsse zu gewähren. Vor allen Dingen sei alles zu tun, was dazu beiträgt, im Auslande die geistige Atmosphäre zu schaffen, die der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen des A.D.G.B. die Meinungen natürlich auseinander; besonders hatten die Vertreter der Berufe, deren Angehörige durch die geforderten Maßnahmen in ihren Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt werden, an öffentlichen Ausstellungen zu machen.

Wie Grafmann in seinem Schlußwort hervorheben konnte, ist die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Der Glaube an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein normales Maß zurückgeschraubt werden. Mit Beuten, denen es nicht darauf liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern nur politische Ziele zu verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unangebracht. Was könne ein kommunistischer Reichsrätekongreß tun? Die Arbeiter sollten, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen. Die Gewerkschaften sollen die Spitze der Bewegung übernehmen. Mit gerader und ehrlicher Politik würden die Gewerkschaften den Massen gegenüber bestehen können und vor allen Dingen die Arbeiterklasse die Frage vorhalten: Wie sah es aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Während der Leipziger Tagung konnte festgestellt werden, daß der Ausschuß keine Forderungen gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum A.D.G.B. abgeben und zu den Bestrebungen erhoben habe, die in der Sprache beim Internationalen Arbeitsamt als Amtssprache zu führen und daß, wenn dies wiederum abgelehnt werde, zu erheben sei, daß durch diese Ablehnung das Interesse des A.D.G.B. an der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes stark herabgemindert werden. Wegen der Gewerkschaftlichen Beamten-Verhältnisse hätten die beteiligten Verbände sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein vertragsmäßiges Zusammengehen zu knüpfen seien, sich dem neuen Beamtenbunde mit ihren Mitgliedsmitgliedern anzuschließen. Die Verbände würden alsdann vom 1. April ihrer Mitglieder aus dem A.D.G.B. ausscheiden. Dann müßte natürlich die Notwendigkeit, die Gewerkschaftlichen Beamten nach weiter aufrechtzuerhalten. Der Ausschuß ermächtigte den Bundesvorstand, die Aufhebung der Gewerkschaftlichen Beamtenvereine auszusprechen. Wenn ferner die von den in Frage stehenden Verbänden zu stellenden Bedingungen für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erfüllt sind, so soll der Bundesvorstand ebenfalls ermächtigt sein, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen freien Arbeiterbund einen Organisationsvertrag abzuschließen, der die drei Spitzenorganisationen umfaßt.

In der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesauschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Zuschüsse leistet, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnerhöhungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschußwirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten als sie eigentlich sein müßten.

Einer vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung über das Ueberschichtenwesen im Bergbau stimmte der Ausschuß einmütig zu. Sie lautet unter anderem:

„Der Bundesauschluß stimmt dem Ueberschichtenabkommen im Kohlenbergbau zu. Er erklärt, daß durch die Ueberschichten der gesetzliche Siebentage im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf, die Ueberarbeit darf nur solange fortbauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit es erfordert. Jeder ernstliche Versuch, den Arbeitstag dauernd zu verlängern, müßte mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abgelehnt werden. Der Bundesauschluß hätte gewünscht, daß das Ueberschichtenabkommen benutzt worden wäre zu einer Aenderung der feineren Art der Kohlenverteilung. Mit der Verfüng über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preisentfaltungen herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Ueberschichtenlohn diesem Zwecke zuzuführen. Der Bundesauschluß beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben. Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiter-Verband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Ueberschichten erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.“

Hierauf wurden die vier bereits in Nr. 40 der „Gewerkschaft“ abgedruckten Resolutionen angenommen.

Beschlossen wurde ferner, den Bundesbeitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied auf vierteljährlich 2 Mk. zu erhöhen. — Um weitere Mittel für das Haus des A.D.G.B. zu beschaffen, wurde beschlossen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 Mk. für jedes Mitglied zu erheben. Ferner sollen noch Darlehnscheine ausgegeben werden, die von denjenigen Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu verzinsen sind.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Internationalen Weltfriedenskongreß, der vom 10. bis zum 15. Dezember im Haag stattfinden soll. Der Ausschuß empfahl den Verbänden, diesen Kongreß möglichst zahlreich zu besenden.

Zu einer ausgedehnten Aussprache kam es bei der endgültigen Beschlusfassung über die Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben. Ganz besonders wurde die Stellung zur Technischen Nothilfe erörtert. Die dem Kongreß vorgelegte Fassung erfuhr im zweiten Abschnitt § 11 eine kleine Ergänzung. Sie wurde in dieser Form gegen sieben Stimmen angenommen. Wir kommen in nächster Nummer ausführlich darauf zurück.

Zu einer langen Aussprache kam es ferner bei dem Tagesordnungsgegenstand: Ausführung der Kongreßbeschlüsse über die Organi-

## Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts.

Von Johannes Gut.

VII.

Napoleon war der größte Feldherr seiner Zeit, von hoher staatsmännischer Begabung und hat auch manches Gute gestiftet oder ermöglicht; aber er war zugleich einer jener Blut- und Gewalttätigen, die von Zeit zu Zeit in der Menschheitsgeschichte auftreten, die die blühende Erde in ein Blutmeer verwandeln. Erwiderte er dem Fürsten Metternich, der kurz vor der Völkerschlacht bei Austerlitz als Botschafter des Kaisers von Oesterreich ihm eine Vermittlung unter günstigen Bedingungen anbot und ihn zum Blutvergießen ein Ende zu machen: „Ich bin im Felde angekommen, und ein Mann wie ich schert sich wenig um das Leben der Millionen Menschen.“

Wie die Revolution von 1789 den Bürgerstand zu neuem Leben erweckte, so hat der furchtbare Weltkrieg in unseren Tagen wenigstens eine gute Folge gehabt, daß der Arbeiterstand in Scharen Organisationen zuströmte und auch für ihn ein menschenwürdiger Dasein angebahnt wurde. —

Nach dem Zusammenbruch Napoleons kamen die Bourbonen wieder zur Regierung, und es trat eine schlimme Reaktion ein, die alle Früchte der Revolution vernichtete. Erst durch die Julirevolution von 1830 wurden die Bourbonen vertrieben und der Bür-

gerkönig Philipp von Orleans bestieg den Thron, unter dessen Herrschaft der Gelbadel zur höchsten Macht gelangte. Die dritte Revolution im Jahre 1848 bahnte Napoleon III. den Weg zum Thron. Stolz verkündete er: „Das Kaiserreich ist der Friede“; aber um die unruhige Bevölkerung von den inneren Zuständen abzulenken, führte er Kriege mit Rußland, Oesterreich und Mexiko. Er veranstaltete in Paris mehrere Weltausstellungen und schmückte die Hauptstadt mit zahlreichen kunstvollen Bauwerken.

Die Erfindung der Dampfmaschine hatte in allen Kulturländern die Umwandlung des Handwerks- in Fabrikbetrieb zur Folge. Hierdurch, sowie durch Handel, Gewerbe und Börsenspekulation der teilweise reich gewordenen Bürger, nahm die Vermögensungleichheit bedenkliche Formen an, und es entstand ein zahlreiches Arbeiterproletariat. Louis Blanc, der 1848 Mitglied der provisorischen Regierung und Präsident der Arbeiterkommission wurde, veröffentlichte 1839 seine Schrift: „Organisation der Arbeit“. Er schildert die Schattenseiten der damaligen Gesellschaft und weist an der Hand der Lohnstatistik das Elend der arbeitenden Bevölkerung nach. Blanc meint, daß dieses Elend durch den Individualismus durch den Konkurrenzkampf der einzelnen erzeugt wird, der schließlich zum Monopol führen muß, weil die Veranlagungen der Menschen grundverschieden sind. Der Konkurrenz der Einzelnen stellt er die Assoziation gegenüber und verlangt, daß der Staat einzig und allein die gesamte Produktion reguliert.

Nach dem Staatsstreich Napoleons III. (1851) fand eine Ver-

sationsfrage. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden machen soll. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter folgender Verbände zusammen: Transportarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bergarbeiter, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Schuhmacher, Textilarbeiter, Maschinisten und Heizer, Holzarbeiter, Zimmerer, Bäckerarbeiter, Buchbinder, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Steinseher. Außerdem soll ein Vertreter des Bundesvorstandes der Kommission angehören. Ferner soll es dem AFl-Bund freigestellt werden, eine Vertretung zu entsenden.

Als Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte Leipzig festgestellt, daß vollkommene Einstimmigkeit darüber herrscht, der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses beauftragt den Vorstand und Ausschuß, eine Vorlage über einen organischen Aufbau der Industrieverbände auszuarbeiten, daß diese Vorlage den beteiligten Verbänden zur Beratung zu unterbreiten ist und daß, wenn die Beratung unter den Verbänden über diese Vorlage nicht zu einer Verständigung führt, alsdann darüber auf dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten ist, daß also frühestens der nächste Kongreß eine endgültige Entscheidung herbeiführen kann, die dann als Kongreßbeschluß für die Gesamtheit der dem Bunde angeschlossenen Verbände gelten würde. Bis zu einer Aenderung gelten selbstverständlich die jetzigen Bundesstatuten. Bis zum nächsten Kongreß, der natürlich die Satzung abändern kann, stellen die jetzigen Satzungen das geltende Gewerkschaftsrecht dar.

Aber es darf auch nicht die Auffassung vertreten werden, als wenn nun bis zum Zustandekommen eines neuen Beschlusses die Entwicklung überhaupt nicht fortschreiten dürfte. In den Satzungen steht ausdrücklich: Der Bund steht auf dem Standpunkt, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß — nicht nur vollziehen kann — und der Bund will die Zusammenschließung der Gewerkschaften unterstützen. Im übrigen gilt auch die Vorschrift der Bundesatzung weiter, daß jede Gewerkschaft Aufnahmezusatz, für die sie nicht zuständig ist, an die zuständige Gewerkschaft zu verweisen hat, daß, wenn in einem Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Genossenschaftsbetrieb Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, für die mehrere dem Bunde angeschlossene Gewerkschaften bestehen, jede Gewerkschaft nur die Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder aufnehmen darf, die dem Berufe nach zu ihr gehören.

Eine Beschwärde des Dachdeckerverbandes führte zu folgender Stellungnahme des Bundesauschusses:

„Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Verwägung der Forderungen die Herstellung der Arbeiterzeitungen und der gewerkschaftlichen Druckereien, die Fertigstellung dringender Bauarbeiten oder Reparaturen in Gewerkschaftshäusern usw. verzögert wird. Eine derartige Streikaktivität nützt den Streikenden nichts, sie schädigt aber die Bewegung im ganzen und sollte deshalb hinsichtlich unbedingt vermieden werden.“

folgung der sozialistischen Führer, sowie eine strenge polizeiliche Ueberwachung der Vereine und der Presse statt. Dagegen wurden die Gewerkschaften 1864 anerkannt, 1868 die Fabrikinspektion eingeführt und die Errichtung von Konsumvereinen gefördert. Der Krieg von 1870 kostete Napoleon den Thron, dem Lande den Verlust von Elsaß-Lothringen und fünf Milliarden Kriegsschadigung; der verlorenere Weltkrieg kommt uns leider etwas teurer zu stehen.

Man nennt das 19. Jahrhundert das Jahrhundert der Naturwissenschaften; die französischen Gelehrten haben keinen geringen Anteil an dem Aufschwung dieser Wissenschaften. Da ist zuerst der Vater der mechanischen Chemie Lavoisier, dann der große Astronom und Mathematiker Laplace, der die Entstehung unseres Sonnensystems beschrieb. Als Napoleon I. ihn fragte: „Welche Stellung nimmt denn Gott, der Schöpfer und Erhalter des Weltalls in Ihrem System ein?“ erwiderte der Gelehrte: „Sire, ich brauche diese Hypothese nicht.“ Die Kenntnis der Elektrizität ist von Arago, Ampère und Faraday mächtig gefördert worden; Pasteur erweiterte die Impfstheorie und fand ein Heilmittel gegen die Tollwut. Das Ehepaar Curie entdeckte mehrere Elemente, die bis dahin unbekannt waren, darunter das Radium. In allerneuester Zeit hat man nachgewiesen, daß alle Materie in Entwicklung begriffen ist, so verwandelt sich z. B. die Emanation (Ausstrahlungen) des Radiums in Blei. Die Lehre von den Elementen und Atomen ist dadurch erschüttert worden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß wie alle Kräfte nur verschiedene Erscheinungsformen ein und derselben Kraft sind, auch alle Elemente nur verschiedene Erscheinungsformen ein und derselben Materie darstellen. Ich bin überzeugt, daß Kraft und Stoff auch nur verschiedene Erscheinungsformen Urelementen sind, daß also das ganze Universum eine in der Entwicklung begriffene Einheit ist.

**Aus Politik und Volkswirtschaft**

**Volkliches.**

Das Aktionsprogramm der DSDP. (beschlossen auf dem Kongreß in Nürnberg am 24. September 1922):

Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Friede, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag. Immer mehr wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann.

In dem Streben, alle Kräfte des Proletariats zur Erreichung politischen Machts, zur Beseitigung des Klassenherrschens und zur Verwirklichung des Sozialismus einheitlich im Klassenkampf zusammenzuführen, stellt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ausgehend von den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, folgende Ziele in den Vordergrund:

**I. Schutz der Republik.**

In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf arbeitenden Volkes den weitaus Spielraum, die sicherste Grundlage den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet, beruft die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Ausgestaltung der Reichsverwehre zu einer zweckmäßigen Verteidigungswaffe der Republik, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum organisch geordneten Einheitsstaat.

Diese Politik erfordert in den Ländern die Reinigung des Parlamentes und Beamtenkörpers von den Anhängern der Monarchie, Umgestaltung der gesamten Verwaltung, Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände, Bekämpfung der parlamentarischen Bestrebungen.

**II. Kampf gegen die Klassenjustiz.**

Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen. Zusammenfassung der Richterorgane aus allen Volksteilen. Entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung aller geschlechtlichen Privilegien, die die Frau in ökonomischer und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

**III. Finanz- und Wirtschaftspolitik.**

Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufbaut.

Unmittelbare Beteiligung des Volkes an den Erträgen der industriellen Unternehmungen. Erbrecht des Reiches bei entsetzten Vermögensstufen. Rückstellung des Reiches, abgekauft nach der Zahl der Kinder, Verhinderung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schärfe der Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Grundbesitzer. Begleichung der Erbschaften, Erhöhung der Ausgabengebühren bis zur völligen Entlastung der Staatseinnahmen, verschärfte Erfassung der Auslandsdevisen mit wirksamer Kontrolle durch die Außenhandelsstellen.

Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Zucker unter Wirkung und Förderung der Genossenschaften. Förderung des notwendigen Wohnungsbau. Bekämpfung des Kaufkraftmindernden.

Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaues.

**IV. Sozialpolitik.**

Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung, wehr aller Angriffe auf den Achtungstag. Herabsetzung der Arbeits-

selben Kraft sind, auch alle Elemente nur verschiedene Erscheinungsformen ein und derselben Materie darstellen. Ich bin überzeugt, daß Kraft und Stoff auch nur verschiedene Erscheinungsformen Urelementen sind, daß also das ganze Universum eine in der Entwicklung begriffene Einheit ist.

In wissenschaftlicher und schöner Literatur, in Musik, bildender Kunst, Malerei und Baukunst weist das Frankreich des 19. Jahrhunderts so zahlreiche berühmte Namen auf, daß es hier nicht möglich ist, sie alle anzuführen.

England hat seit den Zeiten der Elisabeth und der Victoria Irland und Schottland seinen Staaten angegliedert und besitzt in allen Ländern Europas die günstigste Lage. Der Golfstrom erwärmt die westliche Küste, und es herrscht dort ein milderes Klima, als vielen südlicher gelegenen Ländern. Von den Wellen des Ozeans rings umrauscht, hat seit langer Zeit kein Feind den britischen Inseln betreten. Seitdem die englische Flotte die spanische, holländische, französische überflügelt und unter Befehl hat, beherrscht England Weltströme und besitzt in allen Erdteilen die wertvollsten Kolonien. Bis weit über die Hälfte des 18. Jahrhunderts war der Handel fast allein maßgebend in Staat, Heer und Kirche, und führte zu einem ein behagliches und sorgloses Herrenleben. Als jedoch das Zeitalter der Großindustrie, der Maschine, der Dampfkraft anbrach, gelang viele Bürger durch Fabrikbetrieb und Welthandel zu großen Vermögen und verlangten gleichfalls Anteil an der Regierung in





• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Christlicher Kerger über die sozialdemokratische Einigung. In Nr. 39 der „Gewerkschaft“ sagten wir, daß die Schimpftaktik der beiden kommunistischen Parteien gegen die freien Gewerkschaften nur die Schlagkraft der klassenbewußten Arbeiterchaft lähmt, „zur Freude der gelben, christlichen und Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften“. Das wird indirekt bestätigt durch den unterhohlenen Kerger, den der wissenschaftliche Stratege der christlichen Gewerkschaften, Dr. Th. Brauer in der christlichen Tageszeitung „Der Deutsche“ zum Ausdruck bringt, über die sozialdemokratische Einigung. August Bebel, der selbst bei den Kommunisten noch in gutem Andenken steht, hat einmal gesagt, er richte seine Taktik nach dem Verhalten des Gegners ein. Lobe der Gegner keine (Bebels) Taktik, so wisse er (Bebel), daß sie falsch sei. Beurteile sie aber der Gegner, so wisse er, daß sie richtig sei. Wir haben die sozialdemokratische Uneinigkeit immer für ein Unglück, auch für die Gewerkschaften, gehalten, und freuen uns um so mehr, daß der Streit zwischen SPD. und UEP, beseitigt ist. Daraus wittert Herr Brauer nun für die christlichen Gewerkschaften und für die bürgerliche Gesellschaft mit Recht nichts Gutes. Er schimpft deshalb viel auf die bisherige UEP., der er u. a. auch folgende „Sünden“ vorwirft.

„Man braucht, um ein einzelnes herauszugreifen, nur daran zu denken, daß sich der Gedanke des revolutionären Industrieverbandes, mit dem die Unabhängigen ihre Geschäfte zu machen suchten, in den freien Gewerkschaften immer mehr durchgesetzt und auf ihrem letzten Kongreß festgesetzt hat. Dieser revolutionäre Industrieverband höhlt die Gewerkschaftsbewegung von innen aus. Er drängt das Berufsinteresse zugunsten des Klassengebanten zurück. Damit wirkt er im Sinne von Karl Marx, dem es bewußt um den Auriolnarbeiter zu tun war. Marx hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß für ihn die Gewerkschaften nur einen tatsächlichen Wert hätten: die Arbeiter mittels dieser ihrer natürlichen Vereinigung schneller für seine Ziele zusammenzufassen. Sie waren und blieben ihm Werkzeuge zur Zerkünderung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Solange das Berufsgefühl die Gewerkschaftler leitete, war dieses Ziel nicht zu erreichen. Darum sein helles Bemühen, dieses Berufsgefühl durch seine unerhörten Uebertreibungen von den Wirkungen der Maschine in den Arbeitern zu erlösen. Wer sich auf den Boden des revolutionären Industrieverbandes stellt, drängt die Gewerkschaftsbewegung schmerzhaft in die von Marx erstrebte Richtung. Das „Verdienst“, die freien Gewerkschaften dafür reif gemacht zu haben, können sich die Unabhängigen zu einem großen Teile zuschreiben.“

Mit Brauer über Karl Marx zu streiten, halten wir für zwecklos. Den wird er nie begreifen. Die Frage der Industrieverbände hat auch mit der UEPD. gar nichts zu tun. Das ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, über die schon seit 30 Jahren in den freien Gewerkschaften gestritten wird, schon zu einer Zeit, als an eine UEP. noch gar nicht zu denken war. Herr Brauer sollte sich aber in seinem eigenen Lager umschauen. Dort besteht in der Gestalt des bisherigen Verbandes der Gemeindefarbeiter und Straßenbahner schon seit Jahren eine Industriearbeiterorganisation, zu der kürzlich selbst der wütendste Berufsverbandler, den wir kennen, Herr Streiter, mit seinem Verband übergetreten ist. Brauer fürchtet allenthalben eine Revision der Sozialdemokratie, die er u. a. auch in der Rede Robert Schmidts in Augsburg über die Sozialisierung erblickt. Dabei hat dieser noch nie einen anderen Standpunkt gehabt. Brauer kommt schließlich zu folgendem Schluß:

„Um der Sache unseres Volkes und Vaterlandes willen kann man dem nur mit dem sehr eindeutigen Gefühl größten Mißbehagens zusehen. Unsere Erwartungen auf einen Wiederaufbau aus eigener Kraft, dem einzigen, der wirklich Wiederaufbau sein würde, sind wahrhaftig nicht hoch gespannt. Die Entwicklung im sozialdemokratischen Lager jedoch schraubt sie nur noch niedriger. Wenn jetzt noch die nichtsozialdemokratischen Kreise unseres Volkes sich auf ihre Pflicht besinnen wollten! Ist denn wirklich das Vaterlandsgelühl so tief gesunken, daß sie ihre Sonderinteressen absolut auch heute noch in den Vordergrund stellen müssen? Warum nicht endlich heraus aus der Engbergigkeit und der kleinlichen Mißgunst, die immer aufs neue Scheidewände gegen den Nachbarn aufrichtet! Wird nicht sofort zugegriffen, dann liefern wir uns buchstäblich der Willkür der Sozialdemokratie aus. Wohl möglich, daß dann nach einiger Zeit die Extremen von rechts und links den Nutzen davon ziehen, einen verdammenswerten Nutzen, weil er auf der übergroßen Volksnot aufgebaut ist. Pflicht des wahren Volksfreundes aber ist es doch, sich in der Zeit zu bestimmen, um dem Unheil vorzubeugen. Wir leben in einem Augenblick, in dem ernste Gewissensforschung, nicht scheinheilige Beschönigung des eigenen Pharisäertums, notut. Hören wir darum mit den nutzlosen akademischen Erörterungen auf und gehen wie zur Tat über!“

Brauer blöft also als gelehriger Schüler seines Herrn und Meisters Adam Stegerwald zum Sammelr des Bürgerturns gegen die einschwellende „rote Flut“. Das klingt ganz anders als die Verdächtigungen der Kommunisten, daß die Gewerkschaften und die UEPD. die Sachwalter des Kapitals seien. Der Kerger des Herrn Brauer lehrt also die sozialdemokratische Arbeiterchaft, daß sie recht daran tat, sich zu vereinigen, um damit auch die Kraft der freien Gewerkschaften zu erhöhen.

die Kinderzulage 1364 Mf. monatlich und wird mit... Das in Ausbildung befindliche Personal erhält... Bei der Lohnverrechnung werden 30 Tage zu... Die Bekämpfungszulage, wie sie Reich und Staat ihren... ist in den gezahlten Löhnen einbezogen und wird... ist in den gezahlten Löhnen einbezogen und wird... ist in den gezahlten Löhnen einbezogen und wird...

In der am 6. Oktober stattgefundenen Lohnver... wurde vereinbart, daß für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober... zahlen sind: Handwerker 90 Mf., ange... 88,50 Mf., ungelernete Arbeiter 87,50 Mf. Ferner... im Oktober gegenüber... 55 Proz. Zuschlag.

(Löhne für städtische Arbeiter ab... A. Arbeiter: Lohnklasse IIIc (Vor... 4277,47 Mf., Lohnklasse IIIb (Spezialhandwerker) 3998,45 Mf., Lohnklasse IIIa (Anfangshandwerker) 3898,45 Mf., Lohnklasse IIb (Angelernte Arbeiter) 3898,45 Mf., Lohnklasse IIa (Angelernte Arbeiter) 3997,78 Mf. bzw. 81,41 Mf., Lohnklasse Ib (Ungelernte Arbeiter mit schwerer Arbeit ohne... 387,11 Mf. bzw. 79,52 Mf., Lohnklasse Ia (Ungelernte Arbeiter mit leichter Arbeit) 3723,44 Mf. bzw. 77,57 Mf., Arbeiterinnen: Lohnklasse A3 (Angelernte Arbeiterinnen) 4277,47 Mf., Lohnklasse A2 (Arbeiterinnen mit schwerer Arbeit) 2848,08 Mf. bzw. 60,98 Mf., Lohnklasse A1 (Arbeiterinnen mit leichter Arbeit) 57,68 Mf. Neben den Löhnen wird gewährt: 1. Erhaltungszuschuß, Arbeiter, ledige und verheiratete Arbeiterinnen, ferner verheiratete Arbeiterinnen deren Ehemänner körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erkrankt sind, 48 Mf. wöchentlich oder 1 Mf. stündlich; verheiratete Arbeiterinnen 24 Mf. b) Ein Frauenzuschlag von 1 Mf. stündlich oder 1 Mf. stündlich an jene Arbeiter, die nach Bestimmungen über die Bewährung von Frauenzuschlägen verpflichtet sind. c) Kinderzuschläge nach Maßgabe der Kinderzuschlagsbestimmungen, und zwar für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr 900 Mf., bis zum vollendeten 12. Lebensjahr 1125 Mf., bis zum vollendeten 21. Lebensjahr 1350 Mf. monatlich. d) Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten 75 Proz. Lohnminderung. e) Arbeiter an auswärtigen Stellen und Wohnort erhalten 10 Proz. Lohnzuschlag. In der Lohnverhandlung am 5. Oktober wurden für den 1. bis 15. Oktober die Löhne wie folgt festgelegt: Handwerker 90 Mf., Handwerker und Kolonnenführer 87 Mf., Angelernte 85,50 Mf., Arbeiterinnen 87 Mf. Trotzdem unsere Forderung höhere als die hier genannten Löhne waren, haben wir uns mit denselben zufrieden gegeben, da unsere Kollegen möglichst schnell in den Genuß dieser Stunden kommen.

In der Mitgliederversammlung am 24. September gab... Bericht vom Verbandstag. Danach wurde... auf Erhöhung der Beiträge in folgender... 1. Klasse 50 Mf., 2. Klasse 30 Mf., 3. Klasse 20 Mf., 4. Klasse 10 Mf., 5. Klasse 8 Mf. Zur Konferenz nach Gramma wurde... gewählt.

In der Mitgliederversammlung am 30. September... Bericht von der Konferenz in... Dann berichtete er, daß bei der Lohnbewegung... wurden vom 16. bis 30. September... 12 auf 16 Mf., das Hausstandsgeld... 12 Mf., die Löhne betragen in Gruppe 1 79,15 Mf., Gruppe 2 78,15 Mf. bis 78,60 Mf., Gruppe 3 78,15 Mf., Gruppe 4 75,25 Mf. bis 75,80 Mf., Gruppe 5 48,60 Mf. bis 47,20 Mf., Gruppe 5b 44,75 Mf. bis 45,20 Mf.; dazu Hausstandsgeld 12 Mf., Kindergeld 16 Mf. Darunter der Quartals- und Kassenericht geben. Zur Konferenz... am 15. Oktober in Bochum wurde Kollege Deh... als Delegierter gewählt.

In der Mitgliederversammlung am 30. September 1922... die Beiträge ab 1. Oktober für alle Kollegen über 20 Jahre... Grund und 8 Mf. Lokalzuschlag einstimmig beschlossen. Die... der Beitragsfrage für die übrigen Kategorien wurde... Die jugendlichen Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren bezahlen... 30 Mf. pro Woche. Dieselben im Alter von 15 bis 18 Jahren... 20 Mf. pro Woche. Dieselben im Alter von 12 bis 14 Jahren... 10 Mf. pro Woche. Jugendliche Arbeiterinnen bezahlen... 4,50 Mf. pro Woche. Die Beitragsregelung... Frauen und Lehrlinge ist ebenfalls nur für... festgelegt.

**Rundschau**

Das Existenzminimum im September 1922. Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im September um annähernd zwei Drittel höher als im August, annähernd 3mal so hoch als im Juli, etwa 4mal so hoch als im Juni und reichlich 13mal so hoch als im September 1921. Rationiertes Brot kostete 5mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln 6mal soviel, Milch 10mal soviel, Graupen 11mal soviel, Brot im freien Handel, Reis, Bohnen 12mal soviel, Speck, Britetts 13mal soviel, Erbsen, Margarine 14mal soviel, Zucker, Salzheringe, Gas 17mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.) Rationiertes Brot kostete 75mal soviel als vor neun Jahren, Kartoffeln 160mal soviel, Milch 163mal soviel, Salzheringe 169mal soviel, Gas 178mal soviel, Britetts 214mal soviel, Graupen 218mal soviel, Bohnen 223mal soviel, Brot im freien Handel 233mal soviel, Margarine 243mal soviel, Reis 253mal soviel, Erbsen 271mal soviel, Speck 280mal soviel, Zucker 287mal soviel. Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 233 Mt., für eine Frau auf 519 Mt., für einen Mann auf 742 Mt. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im September 1913 für ein Kind 1,51 Mt., für eine Frau 3,07 Mt., für einen Mann 3,97 Mt. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker und billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Bekriegszeit angelegt: Kind 1,78 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.)

	Preis Septbr. 1922	Septbr. 1913
1900 Gramm Brot (rationiert)	36,05 Mt.	48 Pf.
250 " Roggenmehl	19,30 "	7 "
250 " Graupen	21,75 "	10 "
3000 " Kartoffeln	24,00 "	15 "
1000 " Gemüse	11,00 "	16 "
125 " Margarine	48,60 "	20 "
250 " Zucker	34,40 "	12 "
1 Liter Milch	37,60 "	23 "
<b>Zusammen für ein 6-10jähr. Kind</b>	<b>232,70 Mt.</b>	<b>151 Pf.</b>
500 Gramm Brot (freier Handel)	29,40 "	13 "
250 " Weizengrisc	25,75 "	13 "
250 " Spisebohnen	22,25 "	10 "
500 " Kartoffeln	4,00 "	8 "
1000 " Gemüse	11,00 "	16 "
250 " Schinkenfleisch	75,50 "	56 "
125 " Speck	70,00 "	25 "
125 " Margarine	48,60 "	20 "
<b>Zusammen für eine Frau</b>	<b>519,20 Mt.</b>	<b>307 Pf.</b>
500 Gramm Reis	55,60 "	22 "
250 " Erbsen	27,10 "	10 "
125 " Speck	70,00 "	25 "
250 " Salzheringe	21,10 "	13 "
125 " Margarine	48,60 "	20 "
<b>Zusammen für einen Mann</b>	<b>741,60 Mt.</b>	<b>397 Pf.</b>

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 Mt. (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 245,80 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 133,80 Mt. (0,75 Mt.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 633 Mt. (2,50 Mt.), Frau 422 Mt. (1,65 Mt.), Kind 211 Mt. (0,85 Mt.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehd, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 31 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	742,- Mt.	1261,- Mt.	1726,- Mt.
Wohnung	16,- "	16,- "	16,- "
Heizung u. Beleuchtung	380,- "	380,- "	380,- "
Bekleidung	633,- "	1055,- "	1477,- "
Sonstiges	548,- "	840,- "	1115,- "
September 1922	2319,- "	3552,- "	4714,- "
August 1922	1393,- "	2203,- "	2958,- "
Juli 1922	829,- "	1298,- "	1763,- "
Juni 1922	579,- "	887,- "	1195,- "
September 1921	171,- "	260,- "	349,- "
September 1920	145,- "	216,- "	299,- "
Aug. 1913/1914	16,75 "	22,30 "	28,90 "

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der monatliche Mindestverdienst im September 1922 für ein alleinlebendes Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 735 Mt. Auf das Jahr gerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 120 950 Mt., für das kinderlose Ehepaar 185 300 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 245 850 Mt. Vom letzten Jahr bis zum September 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von auf 2319 Mt., d. h. auf das 138,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 3552 Mt., d. h. auf das 159,3fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,90 auf 4714 Mt., d. h. auf das 163,1fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen war die Lebenshaltung im September etwa 1/3 Pf. wert.

**Internationale Rundschau**

England. (Generalversammlung der Munition Employes Association) Unsere englische Gewerkschaftsversammlung hielt am 18. und 19. September 1922 ihre Jahresversammlung ab, zu der sie die Vertreter der übrigen Gewerkschaften luden hatte. Ganz besonders dringlich hatte man erucht, die Vertreter der deutschen Kollegen zu entsenden, weil die allgemeine Stimmung in England dahin gerichtet ist, in möglichst engem Kontakt mit Deutschland zu kommen. Als Vertreter unserer Organisation nahm Kollege Müntner an der Generalversammlung teil. Es war das erstmal, daß ein Vertreter unserer Organisation in englische Verhältnisse Einblick nehmen konnte. Aus dem Bericht und den Beschlüssen der Tagung ist zu entnehmen, daß die englische Gewerkschaftsbewegung von den Erscheinungen, die in dem Kontinent in allen Ländern mehr oder weniger gemacht, nahezu unberührt geblieben sind. Die Verhandlungen trafen in der Hauptsache Änderungen des Statuts, der Beschlüsse und der Unterführungen, die aber in außerordentlich ruhiger und leidenschaftsloser Weise behandelt und entschieden wurden. Die Tatsache, daß vielleicht noch im Herbst dieses Jahres ein Zusammenschluß dreier großer Organisationen Englands erfolgen wird, ist natürlich auch Gegenstand der Erörterung der Generalversammlung. Jedwede Änderung von Bedeutung wurden nicht beschlossen, woraus ersichtlich ist, daß die Grundlage der englischen Gewerkschaften eine gesunde und ihre Tätigkeit eine den Interessen der Arbeiter entsprechende sein muß. Bei dem engen Verhältnis zwischen den englischen Gewerkschaften und der englischen Arbeiterpartei besteht, was es selbstverständlich, daß die Arbeiter auch einige Vertreter zu dem Kongress entsandt haben. Die geschäftliche Erledigung der Verbandstagsarbeiten war in 1 1/2 Tagen beendet, am Schluß der Tagung fand ein freizeittlicher Abend statt, an dem die Delegierten und die Kollegen mit ihren Frauen teilnahmen. Dieser Abend wurde einer hoch bedeutsamen politischen Demonstration gegen die englische Regierung. Es waren wohl 8 bis 10 Tausende Arbeiterpartei, die im englischen Unterhaus sich haben, an dem die diesen Abend benutzten, um hoch interessante und bedeutungsvolle Ansprachen an die Delegierten zu halten, in denen sie besonders hervorgehoben, daß in England sehr bald Neuwahlen abgehalten werden, wodurch den englischen Arbeitern die Aufgabe erwächst, eine andere Zusammensetzung des Parlaments und damit auch eine andere Regierungspolitik zu wirken.

**Briefkasten**

Zur gest. Beachtung! Infolge der ungeheuren gestiegenen Papierpreise wird es zumeist nur noch möglich sein, die "Gewerkschaft" zukünftig achtsseitig erscheinen zu lassen. Damit wird die so schon so knappe Raum der "Gewerkschaft" um ein Drittel eingeschränkt. Es muß aber genügend Raum für die interessierenden Vorgänge, Artikel usw. bleiben. Wir bitten die Gausleiter, die Fiktalvorstände und sonstige Mitarbeiter an legentkreisen nur noch über das Allerwichtigste, also Lohnsätze usw., zu berichten. Allerdings muß darüber berichtet werden, damit bei Erscheinen des Blattes die Lohnsätze schon wieder überholt sind.

Zuschriften über Fiktalfestlichkeiten, Fahnenweihen, etc. die nur rein örtliches Interesse haben, wie Anweisungen der Vorstände an die Unterfasserer und sonstige Vertrauensleute, Dinge, die von der Redaktion in Artikeln behandelt werden, Agitation für die Arbeiterpresse usw., können in der "Gewerkschaft" keine Aufnahme mehr finden. Im übrigen bitten wir in den Briefen diese Richtlinien von den Kollegen Mitarbeitern beachtet, so wie sie sich und der Redaktion viel Arbeit.

J. Schweinsart. Abgelehnt. Siehe oben.